

 **Bundeskanzleramt**

bundeskanzleramt.gv.at

Bundesministerin für
Europa, Integration und Familie

Claudia Plakolm
Bundesministerin für Europa,
Integration und Familie

Herrn
Dr. Walter Rosenkranz
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2025-0.360.915

Wien, am 4. Juli 2025

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Berger, Kolleginnen und Kollegen haben am 6. Mai 2025 unter der Nr. **2017/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Familiäre Zerwürfnisse durch Corona-Maßnahmen“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu Frage 1:

1. *Hat Ihr Ressort Daten, Berichte oder Studien über familiäre Zerwürfnisse oder Kontaktabbrüche infolge der COVID-19-Maßnahmen erhoben oder in Auftrag gegeben?*
 - a. *Wenn ja, wie viele Fälle solcher familiären Konflikte wurden zwischen März 2020 und Dezember 2022 dokumentiert?*
 - b. *Wurden diese Fälle nach Ursachen differenziert (z.B. Streit über Impfstatus, Besuchsregelungen, Quarantänevorschriften)?*

Die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf das Erziehungsverhalten von Eltern war unter anderem Gegenstand der vom Bundeskanzleramt im Jahr 2023 durchgeföhrten repräsentativen Online-Befragung unter 500 Eltern mit minderjährigen Kindern sowie 500

Personen aus der österreichischen Gesamtbevölkerung zu ihren Einstellungen zu Erziehungsnormen und zu Gewalt in der Erziehung.

Bezüglich der Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Erziehungsnormen gaben bei dieser Befragung 74% der Eltern an, dass die COVID-19-Pandemie keinen Einfluss auf den eigenen Erziehungsstil hatte (Bei der letzten Befragung 2021 meinten das nur 62%).

Im Tätigkeitsbericht 2020 stellte die Bundesstelle für Sektenfragen fest, dass es zu Anfragen rund um die Thematik Covid-19 und Verschwörungstheorien im familiären Umfeld kam. Im Tätigkeitsbericht 2021 wurde festgehalten:

„Im Jahr 2021 war dieser Interessenkonflikt auch bei jenen Kindern sichtbar, deren Eltern radikale Anhängerinnen und Anhänger von Verschwörungstheorien wurden oder sich radikal gegen Schutzmaßnahmen wie Masken, Testungen und Impfungen wehrten. Teils übernahmen Kinder und Jugendliche die Ansichten der Eltern und litten unter Ausgrenzungserfahrungen und Loyalitätskonflikten, anderen war die radikale Position der Eltern unangenehm. Einige Jugendliche wollten sich impfen lassen, dies wurde jedoch von manchen Eltern nicht erlaubt.“

Zu Frage 2:

2. Wurde bei Familienberatungsstellen oder sozialen Dienste eine Häufung von Konflikten mit Bezug zu Corona-Regelungen festgestellt?

Die Beratungsdokumentation in den geförderten Familienberatungsstellen wurde während der Corona-Krise nicht verändert, daher wurde bei allfälligen Konflikten ein etwaiger Bezug zu Corona-Regelungen nicht erfasst.

Der Fokus der Familienberatungsförderung während der Krise lag auf der Aufrechterhaltung des Beratungsangebots durch Berücksichtigung der besonderen Sicherheitsvorkehrungen und den Ausbau der Online-Beratung.

Zu Frage 3:

3. Wurde Ihr Ressort von NGOs, Beratungsstellen oder Psychologen über eine Zunahme solcher familiären Konflikte informiert?

Das Netzwerk Kinderrechte als Dachorganisation aller in Österreich im Bereich der Kinderrechte tätigen Organisationen präsentierte am 16. März 2023 den „Sonderbericht

Kinderrechte und Corona“, der im Wesentlichen aus einer Online-Vortragsreihe entstand, in der die Bewältigung der Pandemie unter dem Fokus der Kinderrechte aufgearbeitet wurde. Zur Frage „Wie ist es Kindern und Jugendlichen während der Corona-Pandemie in all ihren Lebensbereichen überhaupt ergangen?“ wurden Studien, Referate von Expertinnen und Experten, Medienberichte, Recherche-Ergebnisse und die Stimmen von Kindern und Jugendlichen zu den Themen Kindergarten und Schule, Lehre und Beruf, Eltern und Familie, Online-Welten, Gesundheit, Gewalt, Behinderung, Armut, Flucht und Migration behandelt. Einen besonderen Stellenwert nahm dabei die Problematik der psychischen Gesundheit von jungen Menschen während der Pandemie ein. Der Sonderbericht „Kinderrechte und Corona“ sollte der Politik Entscheidungsgrundlagen für notwendige Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen in Österreich liefern.

Zu Frage 4:

4. *Wie viele Zuschriften oder Beschwerden zu diesem Thema gingen direkt im Ressort ein?*

Anfragen gehen in der Sektion Familie und Jugend nicht nur im Familienservice, sondern auch in den jeweiligen Fachabteilungen ein. Es ist daher ohne unangemessen hohem Verwaltungsaufwand nicht möglich, einen Gesamtüberblick über die Art und die Themen der Anfragen zur Verfügung zu stellen.

Zu Frage 5:

5. *Gab es Bestrebungen, den familiären Zusammenhalt während der Pandemie gezielt zu unterstützen?*

Veranstaltungen der Elternbildung, die von gemeinnützigen Organisationen mit finanzieller Unterstützung des Bundeskanzleramts angeboten werden sowie die Elternbildungsmedien des Bundeskanzleramts (www.eltern-bildung.at, ElternTipps) stärken die partnerschaftliche Erziehung und Kommunikation in den Familien. Diese Angebote haben auch während der Pandemie die Familien unterstützt.

Zu den Fragen 6 und 7:

6. *Wurde evaluiert, welche Rolle staatliche Kommunikation und Regelwerke bei innerfamiliären Spannungen spielten?*
7. *Wird Ihr Ressort eine wissenschaftliche Aufarbeitung dieser sozialen Spätfolgen unterstützen?*

Zum Stichtag der Anfrage gab es keine entsprechenden Beauftragungen.

Zu Frage 8:

8. *Welche Maßnahmen sind geplant, um in zukünftigen Krisen familiäre Spaltungen zu vermeiden?*

Wie im Zuge der Beantwortung dieser parlamentarischen Anfrage gut ersichtlich, unterstützt das Bundeskanzleramt eine Vielzahl von Maßnahmen und Initiativen, um familiären Zusammenhalt sicherzustellen und zu stärken. Diese Tatsache würde selbstverständlich auch im Falle zukünftiger Krisen gelten. Das Regierungsprogramm hält diesen Umstand beispielsweise über die finanzielle Absicherung von Familienberatungsstellen fest.

Claudia Plakolm

